

# Zuflucht Berlin:

Die Situation in Berlin ist angespannt: Über 60 Turnhallen wurden als Notunterkünfte akquiriert, am alten Flughafen Tempelhof sollen bis zu 10.000 Geflüchtete untergebracht werden und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) als zentrale Registrierungsstelle für Neuankömmlinge wird permanentes Versagen vorgeworfen. Der Regierende Bürgermeister hält sich mit Erklärungen zur Lage auffallend zurück – seit Monaten ist von einer ausgewachsenen Verwaltungskrise die Rede.

Zugleich steht Berlin vor weiteren großen Umwälzungen.

Laut Prognosen wächst die Stadt in den nächsten 15 Jahren von derzeit 3,5 auf 3,8 Millionen Einwohner/innen, wobei die gegenwärtige, im wahrsten Sinne unberechenbare Zahl der täglich eintreffenden geflüchteten Menschen diese Entwicklung erheblich beschleunigen wird. Der Bevölkerungszuwachs sorgt seit langem für einen angespannten Immobilienmarkt, bei dem sozial schwache Haushalte das Nachsehen haben.

Die Krise tritt also auch als Wohnungskrise auf den Plan.

Aus diesem Anlass stellt Stadtaspekte die Frage, wie es um Berlin als Ort der Zuflucht und Integration steht.

# Eine Stadt in der Krise

Wir haben Expert/innen eingeladen, mit uns über die gegenwärtige Situation in der Hauptstadt zu sprechen und der Frage auf den Grund zu gehen, ob Berlin als „Integrationsmaschine“ funktioniert. Treffpunkt ist das Café des *Sharehaus Refugio* in Berlin-Neukölln. Das Sharehaus ist ein junges Vorzeigeprojekt in den Räumlichkeiten der Berliner Stadtmission, bei dem Geflüchtete und Studierende zusammen wohnen und arbeiten.

Fotos von Juliane Eirich  
Interview von Diana Lucas-Drogan  
und Sebastian Schlüter

Wir wollen heute über die Integrationsmaschine Stadt sprechen ...

Stephan Lanz: Eine Stadt ist keine Integrationsmaschine, sondern eher eine Differenzmaschine. Sie bringt immer neue Differenzen, neue Formen, kulturelle und soziale Praktiken hervor. Leute kommen und gehen. Der Begriff der Integrationsmaschine kommt aus einer fordistischen Idee. Er beschreibt eine Stadt, in die Menschen kommen und über den Arbeitsplatz in Fabrik oder Verwaltung ihr Leben lang in verschiedene Teilsysteme integriert werden. Heute ergibt dieser Begriff überhaupt keinen Sinn mehr.

Anne Huffs Schmid: Es geht eher um die Frage nach Teilhabe an der Polis, an städtischen Ressourcen und der Stadtgesellschaft. Das Recht auf Stadt ist hier meines Erachtens nicht ausreichend, sondern wir brauchen auch so etwas wie ein Recht auf Urbanität. Ich verstehe Urbanität so, dass man in der Stadt nicht nur sichtbar seine demokratischen Grundrechte einfordern kann, sondern sich auch in ihr frei bewegen kann und das beinhaltet auch mal abzutauchen und unsichtbar zu werden.

Sie sprechen vom Recht auf Unsichtbarkeit. Viele Stadtbewohner/innen sagen hingegen, dass sie die Geflüchteten gar nicht wahrnehmen. Wie geht das zusammen?



Bevor das Gespräch richtig losgehen kann, äußert Stephan Lanz sein Unwohlsein an der Fragestellung. Lanz ist Stadtforscher im Verein *metroZones*, einem Kollektiv das sich an der Schnittstelle von Wissenschaft, Kunst und Politik mit aktuellen Fragen der Stadtentwicklung beschäftigt.



Anne Huffs Schmid arbeitet als Kulturwissenschaftlerin bei *metroZones*. Sie geht der Frage nach, wie Proteste von Geflüchteten und Fluchtbewegungen den Stadtraum verändern.

Barbara Wessel: Dass Geflüchtete in der Stadtgesellschaft „unsichtbar“ werden, betrifft eher die Innenstadtbezirke, in denen es eine starke Pluralität von Bewohnern gibt. Es gibt ebenso Stadtteile, in denen die Flüchtlinge viel stärker auffallen und als solche identifizierbar sind. Dort sind sie auch angreifbar, deswegen ist das so eine Sache mit dem Recht auf Unsichtbarkeit.

Stefan Lanz: Vielleicht ist die U-Bahn ein gutes Beispiel. Man sieht die extreme Heterogenität, ohne dass man sagen könnte: das ist ein Geflüchteter, das ist ein Neuankömmling anderer Art oder das ist ein akademischer Migrant, der jetzt hier einen neuen Job hat. Man erkennt in der Linie U8 zum Beispiel, dass sie sehr urban und heterogen geworden ist. Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, dort von Geflüchteten und Anderen zu sprechen, sondern das sind alles Neuankömmlinge, die aus unterschiedlichen Gründen neu in der Stadt sind.

#### Ein Bezirk wie Neukölln ist in seiner Bevölkerungsstruktur bereits sehr heterogen. Ist das der ideale Ort für Neuankömmlinge?

Barbara Wessel: Ich habe Schwierigkeiten mit dem Begriff „Neuankömmlinge“. Es gibt einen deutlichen Unterschied zwischen Geflüchteten, die im Moment zu mehreren hundert Leuten in Turnhallen leben, und Franzosen oder Spaniern, die hier in Neukölln in Wohngemeinschaften unterkommen und in den Kneipen sitzen. Bereits die Armut verdeutlicht den Unterschied zwischen Geflüchteten aus Krisenregionen und den jungen Studenten aus europäischen Nachbarländern. In der derzeitigen Situation finde ich es euphemistisch, von „Neu-Angekommenen“ zu sprechen. Schließlich werden die geflüchteten Menschen nach ihrer Teilhabe oder Sichtbarkeit gar nicht gefragt. Zudem sind sie schon dadurch sichtbar, dass sie derzeit komplett aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, ohne Wohnungen, ohne Schule etc. Das ist ein unnötiger Verwaltungskollaps, den es in Bezug auf andere Neu-Ankommende nicht gibt.

Bernd Szczepanski: Neukölln ist in der Tat außerordentlich divers. Ich würde sagen, Neuankömmlinge, insofern sie Geflüchtete sind, fallen da nicht auf. Aber das Konzept von einem Recht auf Unsichtbarkeit stößt mir als Sozialpolitiker auf. Denn gerade in Bezirken wie Neukölln sind tatsächlich viele Menschen unsichtbar. Diese Unsichtbarkeit beinhaltet aber auch die Versagung von Teilhabe an der Gesellschaft, weil diese Menschen nicht wahrgenommen werden. Dieser Ausschluss trifft nicht nur auf Geflüchtete zu. Schließlich darf man nicht vergessen, dass es auch Wohnungslose, Arme, Alleinerziehende und viele weitere gesellschaftlich Benachteiligte gibt. Wir haben in Neukölln bei ungefähr 325.000 Einwohnern 80.000 Menschen, die Leistungen des Jobcenters beziehen. Ich möchte nicht, dass diese Menschen unsichtbar sind, sondern dass man sie wahrnimmt, sich ihnen zuwendet und ihnen diese Teilhabe ermöglicht.

#### Spielen Sie damit auch auf die berühmte Angst vor der Parallelgesellschaft an?

Bernd Szczepanski: Parallelgesellschaft ist für mich ein Kampfbegriff, mit dem man Zugewanderten und Neuankömmlingen unterstellt, sie wollten sich von der Mehrheitsgesellschaft absondern. Das lehne ich völlig ab, weil es zum



Barbara Wessel ist Anwältin in Berlin und spezialisiert auf Fragen des Asylrechts. Sie berät seit langem Geflüchtete in Asyl- und Abschiebeverfahren.

Die U-Bahn-Linie 8 verbindet die Stadtteile Neukölln, Kreuzberg und Wedding, die von Diversität und Einwanderern aus verschiedensten Gründen und Verhältnissen geprägt sind.



Bernd Szczepanski ist Bezirksstadtrat für Soziales in Berlin-Neukölln und damit auch zuständig für Asylfragen im Bezirk.

einen nur zur Ausgrenzung von Minderheiten führt und zum anderen auf Berlin keineswegs zutrifft.

#### Frau Langa, im Jahr 2012 haben Sie zusammen mit anderen den Oranienplatz in Kreuzberg besetzt. War das eine Strategie der Sichtbarmachung von Problemen geflüchteter Menschen?

Napuli Langa: Diese derzeit viel diskutierten Probleme haben wir damals schon kommen sehen. Wir wussten, wenn wir jetzt nicht aktiv werden, wird es nur noch schlimmer werden. 2014 haben wir gesagt: Kommt her, singt und tanzt mit uns! Damals ist niemand gekommen. Und jetzt tanzen alle und fordern, dass wir doch gemeinsam tanzen sollen. Ich frage mich, warum sollte ich jetzt tanzen? Ich habe doch schon getanzt. Jetzt seid ihr gefragt!

#### Was muss geschehen?

Napuli Langa: Wenn es in der Debatte nicht an die Wurzel des Problems geht, wird sich nichts ändern. Hier am Tisch kann man das Problem nicht bekämpfen. Das funktioniert niemals! Außerdem sind die Stadt und ihre Versuche, die Probleme zu lösen, momentan zu hektisch. Um aber Entscheidungen treffen zu können, muss man sich ein wenig entspannen. Das passiert leider nicht und so blockiert die Stadt und ihre Verwaltung uns Aktivist\*innen überall. Dennoch: Für uns Aktivist\*innen vom Oranienplatz waren die Probleme, wie wir sie nun diskutieren, auch schon vor der großen medialen Aufmerksamkeit da. Die Fragen und Forderungen sind für mich nichts Neues.

#### Frau Huffscheid, was hat sich nach der Besetzung des Oranienplatzes in der Stadt aus Ihrer Sicht verändert?

Anne Huffscheid: In einem Forschungsprojekt haben wir versucht, die verschiedenen Perspektiven dieser Raumnahmen zu rekonstruieren. Bis vor kurzer Zeit gab es am Oranienplatz einen Ausnahmezustand und eine besondere Form der Alltagsorganisation. Über anderthalb Jahre gab es dort das Camp, eine absolut informelle Situation, die auch mit einer extremen Exponiertheit einherging. Gleichzeitig war es aber auch ein Versuch, Privatheit und Alltag herzustellen, weil die Leute ja dort gelebt haben. In die Stadt hat sich dadurch in erster Linie die Erfahrung eingeschrieben, dass solch eine Raumnahme über einen längeren Zeitraum überhaupt möglich ist. Das war für die Akteure sehr wichtig und wir haben gelernt, dass das auch eine politische Erfahrung ist.

Stephan Lanz: Ich würde gerne noch einmal die Politisierung aus der Perspektive der Stadtgesellschaft aufgreifen. Denn die Bewegung auf dem Oranienplatz und in der Gerhart-Hauptmann-Schule hat eine extrem große politische Bedeutung für die gesamte Stadtgesellschaft. Die Stadt ist historisch betrachtet der Ort, an dem Leute, die von irgendwoher kommen, die nichts und keinen Anteil an irgendetwas haben, eine Möglichkeit bekommen, „jemand“ zu werden. Das ist das, was Stadt historisch ermöglicht hat. Das müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir über das Politische in der Stadt reden. Denn momentan ist die Stadt, ebenso wie die ganze öffentliche Debatte, fundamental entpolitisiert. Es geht immer nur um Fragen des besseren, effizienteren Regierens. Aber die existentiellen politischen Fragen werden nicht mehr gestellt. Wer gehört zur städtischen Gesellschaft? Wer hat das Recht auf den städtischen Raum, auf die städtischen Ressourcen? Wessen Rechte sind



Napuli Langa ist Politaktivistin und selbst aus dem Sudan geflüchtet. 2014 hat sie gemeinsam mit anderen Geflüchteten den Berliner Oranienplatz besetzt, um unter anderem gegen die Residenzpflicht zu protestieren.

**„Die Stadt ist historisch betrachtet der Ort, an dem Leute, die von irgendwoher kommen, die nichts und keinen Anteil an irgendetwas haben, eine Möglichkeit bekommen, ‚jemand‘ zu werden.“**

eingeschränkt? Wer darf über die Stadt bestimmen? Was ist die Polis und wer ist ihr Citizen? Das ist es, was der Refugee-Streik auf die Tagesordnung gestellt hat, indem die Betroffenen den Ort verlassen haben, der ihnen von der Gesellschaft zugewiesen worden ist, nämlich das Lager, das Heim, die Asylbehörde.

Silke Radosh-Hinder: Der Oranienplatz ist zwar ein interessantes Beispiel, aber kein besonders erfolgreiches. Bei den Überlegungen über die Politisierung und das Problembewusstsein in der Stadt vergessen wir, dass genau das passiert ist, was Sie gerade beschrieben haben: Die Beteiligten sind nämlich wieder in die Unsichtbarkeit verdrängt worden. Sie sind noch in Berlin, aber wer weiß schon, wo genau sie sind und wie ihre Situation im Moment ist?

**Sie waren direkt involviert, Frau Radosh-Hinder. Ihre Kirche, die St.-Thomas-Kirche in Kreuzberg, ist nach der Räumung des Oranienplatzes von über 150 Geflüchteten besetzt worden. Wie sind Sie damit umgegangen?**



Silke Radosh-Hinder ist stellvertretende Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Berlin-Stadtmitte. Sie ist unter anderem zuständig für Jugendarbeit und interreligiöse Projekte.

Silke Radosh-Hinder: Da ging es aus Sicht der Geflüchteten darum, politische Forderungen zu stellen: Wir sind jetzt hier, machen wir gemeinsam etwas draus! Und das haben wir als Kirche dann auch gemacht, indem wir zuerst geschaut haben, welche politischen Perspektiven in der Stadt überhaupt existieren. Daran arbeiten wir nun seit über anderthalb Jahren, damals wie heute jedoch ohne Erfolg.

Bernd Szczepanski: Ich möchte noch mal einen Schritt zurückgehen: Vor den Protesten am Oranienplatz war das Flüchtlingsproblem ein italienisches, vielleicht noch ein griechisches. Eigentlich hatten wir in Deutschland damit nichts zu tun. So wurde hier nach dem Motto gehandelt: „Wir“ haben Dublin, also haben die Geflüchteten da zu bleiben, wo sie in Europa ankommen. Der Protest der Geflüchteten war schon ein Paukenschlag hier in der Stadt, der schließlich auch erhebliche Nachwirkungen hatte. Die Sichtweise der Stadtgesellschaft auf das Fluchtproblem wurde dadurch insgesamt stark beeinflusst.

Napuli Langa: Was Sie, Frau Radosh-Hinder, gesagt haben, ist nicht richtig. Die Aktivisten, die auf dem Oranienplatz waren, wurden politisch vertrieben. Hunderte sind abgeschoben worden. Dennoch sind einige wenige von uns immer noch da. Jeden Sonntag können Sie uns sehen, wenn wir uns um 15 Uhr im Café Kotti ganz in der Nähe des Oranienplatzes treffen. Ich frage mich: Wie kann man sagen, der Protest sei nicht erfolgreich gewesen? Ich kann auch nicht nachvollziehen, warum jetzt gesagt wird, dass es besser sei, immer weiter auf der Straße zu kämpfen. Wie lange soll ich denn noch kämpfen? Warum sollte ich das tun müssen? Jetzt wo wir nicht mehr auf der Straße sind, sagen viele Politiker, dass es kein Problem mehr gibt, weil niemand mehr protestiert. Wir waren vorher nie sichtbar. Wir sind auf den Oranienplatz gekommen, um das zu ändern – um sichtbar zu werden.

**Herr Szczepanski, Frau Langa klagt an, dass in der Politik die Probleme der Geflüchteten nicht ausreichend gesehen werden. Zuvor kritisierte sie auch die Hektik, mit der dem Thema begegnet wird. Ist die Politik überfordert? Haben wir es mit einer Verwaltungskrise zu tun?**

Bernd Szczepanski: Verwaltungskrise trifft es schon. Das LAGeSo ist mittlerweile weltweit ein Synonym für Behördenversagen geworden. Ich denke,

alle Berliner Behörden haben derzeit Schwierigkeiten, diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen. Die Probleme haben aber auch mit der Verwaltungsstruktur zu tun: Die Berliner Bezirksämter sind eigentlich gar nicht für die Geflüchteten in den Bezirken zuständig, sondern das LAGeSo ist die zentrale Anlaufstelle für diese Menschen.

**Dennoch haben Sie eine eigene Koordinierungsstelle gegründet.**

Bernd Szczepanski: Diese Koordinierungsstelle hat sich anfangs sehr intensiv um die Ehrenamtlichen gekümmert, war Koordinations- und Ansprechpartner für die Menschen, die hier zu Tausenden aufgetaucht sind und geholfen haben. Wir haben uns als diejenigen verstanden, die der Bevölkerung gesagt haben: Leute, jetzt kommen Geflüchtete. Sie gehören jetzt hierher, sind hier nicht fremd und werden auch nicht gleich wieder gehen.

**Mit anderen Worten baden Sie also aus, was das LAGeSo nicht schaffen kann?**

Bernd Szczepanski: So war das nicht gemeint, ich will mich keineswegs als Opfer hinstellen.

Barbara Wessel: Sie haben es gerade so dargestellt, als wenn Sie die ehrenamtlichen Helfer aufgefordert hätten, die Flüchtlinge zu empfangen. Ich würde sagen, dass es genau umgekehrt war. Die Ehrenamtlichen waren schon vor der Verwaltung da. Sie haben Leute in ihre Wohnungen aufgenommen und haben privat ein riesiges Netzwerk organisiert. Und nur sehr, sehr schwerfällig hat sich die Berliner- und die Bezirksverwaltung auch mal auf den Weg gemacht. Da sollte man nicht in Frage stellen, ob es eine Verwaltungskrise ist – es ist auf jeden Fall eine Verwaltungskrise! Es ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine alleinige Berliner Verwaltungskrise. München hat so eine Krise derzeit nicht.

Silke Radosh-Hinder: Vielleicht können wir uns an diesem Tisch auf ein Verwaltungsversagen einigen? Dann wären wir schon ganz schön weit. Es werden Verhältnisse produziert, die schon seit langem nicht mehr tragbar sind. Aber auf die Verwaltungen zu schimpfen bringt uns auch nicht weiter. Daher die Frage hier in die Runde: Was sind die nächsten Schritte, um voran zu kommen? Was tun wir?

**Herr Clemens, Sie als Architekt haben vielleicht eine ganz konkrete Antwort darauf. Schließlich reden wir nicht nur von einer Verwaltungskrise, sondern auch von einer Wohnungskrise.**

Oliver Clemens: Ja, das ist es auch. Die Nachfrage nach Wohnraum verschärft sich bereits seit ein paar Jahren und wird jetzt potenziert. Die Verwaltung reagiert nun mit diesen merkwürdigen modularen Unterkünften, die eher in Stadtrandlagen gebaut werden sollen. Damit manifestiert man das Fiasko zusätzlich, das ist keine Lösung. Die sähe ich eher in dezentralen, nicht staatlich gelenkten Projekten. Denn die Aufnahmefähigkeit der Stadt ist groß. Was man jetzt macht, das ist gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht klug.

Stephan Lanz: Meiner Ansicht nach haben wir es mit einer politischen Krise zu tun. Die Verwaltung ist dafür da, staatliche, politisch definierte Aufgaben abzuwickeln. Das kann sie gut oder schlecht machen. Im aktuellen



Oliver Clemens ist Architekt und Mitglied im *Mietshäuser-syndikat*, einem Verein, der alternative Wohn- und Besitzmodelle fördert.

Fall hat sie es garantiert schlecht gemacht. Natürlich gibt es eine Verwaltungskrise, aber entscheidend ist die Frage, was die Politik unternimmt. Wie ist es möglich, dass so eine Stadt wie Berlin monatelang komplett versagt und der Regierende Bürgermeister sich nicht dazu äußert? Wie ist es möglich, dass wir in den nächsten Jahren mit Tausenden neuen Bewohnern in der Stadt rechnen müssen, aber keine fundamentale politische Debatte darüber stattfindet, was das für die Stadt bedeutet?

#### Wie ist aus Ihrer Sicht diese Situation zu erklären?

Stephan Lanz: In der großen Koalition gibt es eine wahnsinnige politische Trägheit, eine Verweigerung, sich auf die Situation einzustellen. Aber es gibt auch niemanden, der sich ernsthaft darüber Gedanken macht, inwiefern das politische System mit seinen Verfahren überhaupt noch in der Lage ist, die aktuelle Situation zu bewältigen. Es sagen plötzlich grüne Politiker, sie wollten sich nicht dadurch politisch erpressen lassen, dass Leute in den Hungerstreik gehen oder damit drohen, von einem Dach zu springen. Bitte, welche Art von politischen Maßnahmen sollen diese Leute, die keine Möglichkeit haben auf die üblichen zivilgesellschaftlichen Partizipationskanäle zuzugreifen, denn sonst ergreifen, um Gehör zu erhalten? Es gibt offensichtlich überhaupt kein Verständnis dafür, dass dieser ganze Partizipationsapparat zwar für klassische Staatsbürger, für einheimische, gebildete Milieus geeignet sein mag, aber überhaupt nicht dafür, die neuen fundamentalen Fragen in der Stadt zu bearbeiten.

#### Aber was genau läuft schief? Fehlen die richtigen Akteure oder sind einfach nur die falschen Akteure an der Macht?

Stephan Lanz: Napoli hat in ihren Forderungen immer wieder darauf verwiesen, dass Politik auch „Du und Ich“ bedeutet. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Aber die hieran anschließende Frage ist, welche politischen Verfahren entwickelt werden können, damit „Du und Ich“ in der ganzen Debatte über eine erneuerte Polis, im Sinne einer politischen Gemeinschaft der Stadt, teilnehmen können.

Anne Huffs Schmid: Mit den Protesten haben wir ja bereits ein neues politisches Subjekt auf die städtische Agenda gesetzt. Auch in unserer Arbeit bei *metroZones* haben wir klar gemacht, dass Refugees nicht nur von Notlagen getrieben sind, sondern dass sie auch politische Entscheidungen treffen. Das ist der entscheidende Effekt.

#### Wie kann so ein erweitertes politisiertes „Wir“ genau aussehen?

Oliver Clemens: Es muss den politischen Willen geben, etwas zu unternehmen. Das ist aber eher ein langfristiges Ziel, denn aktuell scheint die Verwaltung nichts umsetzen zu können. Allgemein entsteht aus meiner Sicht auch zu schnell der Reflex, nach dem Staat zu rufen. Da habe ich Sorgen, dass die Problematik viel zu kontrolliert und zentralisiert bearbeitet wird. Es braucht doch eher die Initiative verschiedener Gruppen, die eben nicht institutionell gebunden sind, sich aber selbst ermächtigen können.

Stephan Lanz: Dennoch geht es auch um die politische Verständigung darüber, wie solche Aufgaben organisiert werden. Es muss geklärt sein, wer sie über-

**„Es geht nicht nur um mich und es geht auch nicht um Dich. Es geht um diesen Ort, den Ort an dem wir leben wollen. Wie soll dieser Ort aussehen, an dem wir gemeinsam leben wollen?“**

nimmt und welche Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden. Diese Fragen sollten in einer demokratischen Aushandlung bearbeitet werden. Man sieht diese Tragödie an der aktuellen Wohnungspolitik: Jeder weiß, dass wir tausende Wohnungen im Jahr brauchen. Der Politik fällt aber nichts Besseres ein, als die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften zu bemühen.

Oliver Clemens: Ich stimme zu, dass der Ablauf professionalisiert werden muss. Es geht also eher darum, wie man das Profitinteresse aus dem Wohnungsmarkt bekommt und welche neuen Formen der Gemeinnützigkeit hergestellt werden können.

#### Und welche Akteure können nun bei der Umsetzung neuer Wohnformen involviert werden?

Oliver Clemens: Ein Beispiel sind neue Organisationsformen wie Miethäuser-syndikate oder *Community Landtrusts*, die das Eigentum an Grund und Boden gegen spekulative Interessen absichern. Aber solche Modelle brauchen unbedingt eine Offenheit in der Politik und die Möglichkeit, Bauaufgaben dezentral zu vergeben.

Barbara Wessel: Die momentane Notsituation und der akute Mangel an Wohnungen machen andererseits auch manches möglich. Derzeit wird zum Beispiel die Unterbringung in privaten Unterkünften relativ locker gehandhabt und gestattet, trotz der gesetzlichen Verpflichtung, für eine festgesetzte Zeit in den Sammelunterkünften zu bleiben.

Napuli Langa: Ich finde dennoch, dass wir gegen das bisherige System kämpfen müssen, das immer nur Einzelpersonen gestattet, etwas zu tun. Es geht weder nur um mich noch geht es einfach nur um das Wohnen. Die Häuser sind doch da! Es gibt überall leere Orte! Das ist das Problem, das wir bekämpfen müssen. Es geht nicht nur um mich und es geht auch nicht um Dich. Es geht um diesen Ort, den Ort an dem wir leben wollen. Wie soll dieser Ort aussehen, an dem wir gemeinsam leben wollen?

#### Muss man „das System“ bekämpfen, um diese Wohnungskrise zu lösen? Oder können wir das System dazu befähigen, unterstützend zu wirken?

Oliver Clemens: Es geht hier schon um eine politische Grundhaltung, die darum kreist, wie viel Geld die Stadt bzw. der Staat ausgeben sollte. In unserer derzeitigen Wirtschaftsordnung ist der Staat gezwungen, Geld auszugeben. Da kommt doch gerade eine wunderbare Gelegenheit – man kann unendlich viel Geld in Maßnahmen stecken, um den Zuzug der Leute zu regulieren. Allein bei Wohnungen geht es um Investitionsvolumen von 40 Milliarden Euro. Da sind enorme Summen im Spiel, die jetzt in die Wirtschaft gepumpt werden. Es geht nicht um Altruismus, sondern vor allem um eine wirtschaftliche Idee.

Anne Huffs Schmid: Napoli erwähnte gerade eher nebenbei, dass es nicht nur ums Wohnen ginge. Es geht nämlich vielmehr um die Fragen, was für eine Art von Räumen wir brauchen und welche Art von Teilhabe wir meinen. Es geht darum, was sich an den einzelnen Orten materialisiert. Es geht darum, wie Geflüchtete an der Stadt teilhaben sollen und an welchen Orten das stattfinden kann.

**„Die Menschen, die hierher kommen, kommen aus einem Alltag und wollen auch hier wieder in einen Alltag hinein. Sie wollen nicht Aushängeschild einer Politik sein.“**

### Welche Orte müssen wir denn herstellen?

Oliver Clemens: Wohnungen! Die Menschen, die hierher kommen, kommen aus einem Alltag und wollen auch hier wieder in einen Alltag hinein. Sie wollen nicht Aushängeschild einer Politik sein. Diese Möglichkeit, einen Alltag zu leben, sollte man ihnen geben.

Barbara Wessel: Aus meiner Sicht sind wir hier in der Runde alle ein bisschen hilflos und verbleiben in einer appellativen Stimmung. Aber ich sehe im Moment auch eine neue Situation der unvorbereiteten Zusammenarbeit. Die Gesellschaft ist doch eine andere als in den 90er Jahren. Sie radikalisiert sich an ihren Enden, aber die Leute werden vor allem am linken Rand auch widerständig. Was ist das für ein Potential in den Städten? Daraus sollten wir etwas machen.

### Anders gefragt: Gibt es einen Mechanismus, mit dem wir die Stadt zu dem Wunschort einer pluralen, offenen Gesellschaft machen können und die ‚Maschine Stadt‘ wieder zum Laufen bringen?

Silke Radosh-Hinder: Wir sind als Kirche gerade dabei, zusammen mit dem Friedhofsverband erste dezentrale Häuser mit gemischtem Konzept zu bauen. Der Genehmigungsprozess ging extrem schnell durch, sodass die Bauphase nun starten kann. Ich finde, dass solche Signale derzeit sehr notwendig sind.

Barbara Wessel: Es besteht ein enormer Handlungsdruck, überall. Aber es bräuchte auch eine ganz grundlegende Diskussion und da fehlt meines Erachtens noch der tragende Player. Es sind und bleiben die Graswurzelprojekte von unten, Theater- und Kulturschaffende und Kirche, die sich einmischen. Aber mir fehlt das Bürgertum – im positiven Sinne eines universellen Bürgerrechts. Wir müssten gemeinsam über unsere Stadt sprechen. Wie soll sie aussehen, wie sollen alle darin gut leben? Man könnte sagen auch Kreuzberger und Zehlendorfer müssten das miteinander diskutieren, für eine andere Version der Stadt Berlin.

Stephan Lanz: Ich glaube, es geht wirklich vor allem darum, einen Ort im Sinne eines öffentlichen Raumes zu schaffen, in dem all das demokratisch verhandelt werden kann, in vielen verschiedenen Formen, mit vielen Leuten und unterschiedlichen Perspektiven. Natürlich haben viele Leute schlicht und einfach Angst – das muss man ernst nehmen. Das heißt nicht, mit den üblichen repressiven politischen Maßnahmen darauf zu reagieren, sondern Foren der Aushandlung zu schaffen. Wie müssen wir diese Stadt gestalten, um neue Perspektiven zu schaffen? Wir brauchen eine Vision!

Bernd Szczepanski: Vielleicht kann man das Tempelhofer Feld zu solch einem Ort machen. Die dort geplante Notunterkunft ist zwar im Moment heftig in der Diskussion, aber ich denke, dass dieser Ort die eben beschriebene Funktion eines öffentlichen Raumes erfüllen könnte. Es ist ein Ort in der Stadt, der bei allen Akteuren am wenigsten Widerstand oder sogar begeisterte Zustimmung finden würde. Vielleicht können wir so etwas gemeinsam organisieren.

Ein längeres Schweigen macht sich breit. Die Runde wirkt nun zunehmend etwas ratlos darüber, wie die konkreten Orte aussehen können.

